

„TRAUT EUCH UND SCHEUT NICHT ZURÜCK!“

POLITISCHE BILDUNG ZU EUROPÄISCHER FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK MIT DEUTSCHEN UND GEFLÜCHTETEN JUGENDLICHEN

In Kooperation mit dem Göttinger „boat people projekt“ führt die Evangelische Akademie Loccum seit 2011 Begegnungen zwischen deutschen und geflüchteten Jugendlichen durch. Mit Überschriften wie „dazwischen“, „(Zukunfts-)Träume“, „Zimmer frei!“ waren die Tagungen auf die persönliche und biografischen Reflexions- und Lernebenen der Jugendlichen ausgerichtet. Beide Seiten, deutsche Jugendliche und geflüchtete Jugendliche, sollten ihre unterschiedlichen Erfahrungen gleichberechtigt einbringen können und durch kreatives Schreiben oder theaterpädagogische Methoden reflektieren. Die Flucht selbst, das Verlassen der Heimat, der Verlust von Freunden und Familie wurden ebenso wie Politik und Fluchtursachen nie explizit angesprochen. Bestimmend war dabei die Sorge, Wunden aufzureißen, die nicht professionell im Rahmen eines Seminars bearbeitet werden könnten. Ebenso bestand die Annahme, dass alle Geflüchteten traumatisiert seien und wir diese Traumata nicht „triggern“ dürften.

Europäische Flüchtlings- und Asylpolitik verstehen im Austausch mit jungen Geflüchteten

Seit dem letzten Sommer hat sich viel getan. Wir gehen die Dinge anders an, weil wir dazu gelernt haben. Ausschlaggebend war eine Schülertagung zur europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik, die sich unter der Überschrift „Festung Europa“ zunächst nur an deutsche Jugendliche richtete. Ziel der Schülertagung war es, die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik kritisch zu reflektieren und zu prüfen, inwiefern sie mit den (europäischen) Werten wie Freiheit, Menschenrechte und Schutz des Lebens vereinbar sind. Im Mittelpunkt sollte dabei vor allem die Situation an den östlichen und südlichen Außengrenzen Europas sowie im Mittelmeer stehen. Es sollte unter anderem darum gehen, das komplexe Dublin III-Abkommen zu verstehen, nach dessen Regeln ein Geflüchteter in dem EU-Land, das er als erstes erreicht, Asyl zu beantragen hat. Dies betrifft vor allem die Länder mit EU-Außengrenzen wie z. B. Bulgarien, Italien, Griechenland oder

Ungarn. Wird der Asylantrag in einem anderen EU-Land gestellt, kann der Geflüchtete in den Staat der ersten Einreise zurückgeschickt werden – auch zwangsweise.

Die Schülertagung fand im September 2015 statt, als Ungarn gerade seine Grenzen zu Österreich geöffnet hatte. Tausende von Geflüchteten kamen täglich nach Deutschland und wurden in München, Dortmund und Frankfurt im Zuge einer neuen „Willkommenskultur“ herzlich begrüßt. Zeitgleich gab es täglich Übergriffe auf bestehende oder geplante Flüchtlingsunterkünfte und, vor allem in Sachsen, massive Proteste gegen Erstaufnahmeeinrichtungen. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen haben wir das Thema erweitert und viel über die Balkanroute und weniger über die Lage im Mittelmeer gesprochen. Es wurde deutlich: Dublin III war in dieser Situation de facto außer Kraft gesetzt, weil die Grenzen offen und die Registrierungsinstitutionen zahlenmäßig überfordert waren. Damit erhielt die Debatte, ob und wie das Abkommen funktioniert, eine neue Richtung. Angesichts der aktuellen Ereignisse war unsicher, ob die EU diese Regelung überhaupt beibehalten würde. Somit erwies sich die Erweiterung des Tagungsprogramms um die Begegnung mit jungen Geflüchteten als richtig. Mehr noch als die abstrakte Frage nach europäischer Steuerung stellte sich die Frage nach der Rolle Europas bei der Entstehung Flucht verursachender Konflikte und nach der Integration Geflüchteter in unserer Gesellschaft.

Die deutschen Teilnehmenden berichteten sehr ehrlich von ihren Befürchtungen, die sie angesichts des nicht enden wollenden Zustroms von Flüchtlingen empfanden. Tragend aber war die Begegnung mit den jungen Syrern, Afghanen und Eritreern: Dawit aus Eritrea, Wassiuallah aus Afghanistan, Bushkin, Ayman und Rahaf aus Syrien – sie alle beteiligten sich an der Diskussion und wollten wissen, was Europa tue, um die Konflikte, vor denen sie geflohen sind, zu befrieden: „Warum helfst ihr uns nicht? Warum holt ihr die Menschen nicht aus den Flüchtlings-

lagern? Warum mutet ihr ihnen die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer zu, bei der sie Leib und Leben riskieren? Wieso gibt es nur illegale Wege nach Europa?“ Weder die deutschen Jugendlichen noch die geladenen Expert*innen konnten diese Fragen beantworten. Große Ratlosigkeit und Betroffenheit herrschte, als deutlich wurde, welche ambivalente Rolle die EU in dem Konfliktgeschehen einnimmt, z. B. durch Rüstungsexporte und eine fehlende sicherheitspolitische Linie.

Die Tagung hatte einen einführenden Teil, der aus einem Vortrag über Fluchtursachen, Fluchtwege und zur aktuellen Lage Asyl suchender Menschen in Deutschland sowie dem Austausch mit den acht anwesenden Flüchtlingen vom „jungen boat people projekt“ bestand. Der erste Tag endete mit Gesprächsgruppen, in denen sich die Jugendlichen über die aktuelle Flüchtlingssituation unterhielten. Dabei stand neben dem Kennenlernen und dem Austausch über die aktuellen Entwicklungen in Europa und Deutschland die Frage im Mittelpunkt, wie die Jugendlichen die Situation in ihren Wohnorten wahrnehmen. Welche Berührungspunkte sahen sie zwischen Flüchtlingen und Einheimischen? Fast alle geflüchteten Jugendlichen waren UMF, d. h. unbegleitet, minderjährig, ohne Familie – auch dies war Thema in den Gesprächen der Jugendlichen. Unvorstellbar war es für die deutschen Jugendlichen, sich alleine auf den Weg machen zu müssen und das alte Leben zurück zu lassen.

Den zweiten Tag arbeiteten die Jugendlichen zum einen in einem Planspiel zur europäischen Flüchtlingspolitik, in dem es um Abstimmungsprozesse und Lastenteilung unter den EU-Mitgliedern ging, und zum anderen in einem Performance-Workshop. Denn den jungen Geflüchteten wollten wir auf keinen Fall das Planspiel zumuten, weil wir es für zu nah an ihren Erfahrungen erachteten. Die Jugendlichen konnten durch das Planspiel erkennen, dass EU-Flüchtlingspolitik die Summe von Kompromissen ist, bei denen nationale Interessen oft Vorrang vor Fragen

der Humanität oder der Idee eines solidarischen Europas haben. Der im Planspiel von den Schüler*innen erarbeitete Vorschlag für eine Verordnung zur Verwirklichung eines gemeinsamen Europäischen Asylsystems sah u. a. vor, Rückübernahmeabkommen mit allen Nachbarstaaten der EU, in denen „möglichst humane Bedingungen herrschen“, zu schließen, um abgelehnte Asylbewerber*innen dorthin abschieben zu können. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich darin zunächst für einen Zeitraum von fünf Jahren, Flüchtlinge nach einer festgelegten Quote (abhängig von bewohnbarer Landesfläche, Wirtschaftskraft, Einwohnerzahl und bereits gewährter Asylanträge) aufzunehmen. Wer sich daran beteiligte, bekam dafür finanzielle Belohnungen. Wer sich nicht beteiligte, erhielt Kürzungen bei finanziellen Zuwendungen. Die Registrierung musste dort erfolgen, wo die Flüchtlinge erstmals die EU betreten, die EU Außenstaaten erhielten hierfür finanzielle Unterstützung. Der Performance-Workshop arbeitete im Gegensatz dazu stark biografisch und förderte das Kennenlernen und die Begegnung der deutschen und geflüchteten Jugendlichen.

Die Sorge, wie man abstrakt über Flüchtlingspolitik reden könne, über Grenzsicherung, Zuwanderungszahlen, Lastenteilung und Rücknahmeabkommen, wenn Betroffene teilnehmen, erwies sich als unbegründet. Weil die geflüchteten Jugendlichen sich selbst sehr aktiv in die politische Abschlussdebatte mit einer Vertreterin von „Jugendliche ohne Grenzen“, einem Superintendenten der Hannoverschen Landeskirche (und Härtefallkommissionsmitglied) sowie einem Repräsentanten der Landesvertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel einbrachten, wissen wir heute, dass es gar keinen anderen Weg gibt als den, sie konsequent zu beteiligen. Ihre Einbindung in das Thema, mit dem sie biographisch aufs Engste verwoben sind, ist ein Muss. Allzu große Rücksichtnahme gegenüber den Geflüchteten aus Angst, Traumata zu aktualisieren, erscheint nicht angebracht.



Geflüchtete Jugendliche nach ihren Erfahrungen fragen

Es ist also durchaus sinnvoll, geflüchtete Jugendliche auch in ein Planspiel zur Flüchtlingspolitik einzubeziehen und ihnen die Rolle von „Mitentscheidern“ zu geben und nicht nur die von „Betroffenen“ der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik. Dies bestätigte sich auch einige Monate später in einer weiteren Veranstaltung mit Jugendlichen, die sich ehrenamtlich an ihren

Schulen für geflüchtete Kinder engagieren. Dort war die Chefarztin einer psychiatrischen Klinik in Wunstorf zu Gast. Sie warnte eindrücklich davor, geflüchtete Menschen aus Sorge um Traumatisierungen nicht anzusprechen oder einzubeziehen. Menschen seien großartige „Traumata-Überwinder“ und dabei helfe alles, was Trost gibt: auf die Menschen zuzugehen, Interesse an ihren Erfahrungen zu zeigen, sie darin zu stärken, was sie können. Geflüchtete seien wie alle anderen Menschen auch „Experten für sich selbst.“ Unsere Aufgabe sei es, ihnen zu zeigen, dass wir sie in ihrer Eigenständigkeit ernst nehmen und Interesse an ihnen haben. Ein emotionaler und respektvoller Umgang, Neugierde und ein Zuhören, ohne zu bewerten, offene Menschen und setze auch Heilung in Gang. Unsere Bilder von Flucht seien nicht die Realität, die die Menschen erlebt haben. Und so forderte die Ärztin die Jugendlichen dazu auf, nicht zurückzuscheuen, sondern sich zu nähern, sich etwas zu trauen in

der Begegnung mit Menschen, die Schweres erlebt haben. Gerade, weil bei vielen Geflüchteten das Gefühl vorherrsche, die Welt distanzieren sich von ihnen und wende sich von ihnen ab, müssen sie zwingend einbezogen und nicht übertrieben vorsichtig behandelt werden.

Für die Gestaltung politischer Bildungsarbeit zum Thema Flucht und Europa bedeutet dies, die Jugendlichen mit Fluchterfahrung in einer Veranstaltung wie selbstverständlich zu behandeln, ihnen keine „Schutzräume“ einzurichten und keine besondere Rolle zuzuweisen. Es kommt darauf an, ohne Ausklammerung der Fluchterlebnisse der Jugendlichen, ein Format zu entwickeln, in dem Austausch über verbindende Themen stattfinden kann.

Dies müssen nicht nur biographische Themen sondern können durchaus auch strittige diskursive politische Themen sein, wie z. B. die Flüchtlingsvereinbarung mit der Türkei, die Rolle der EU bei der Konfliktentstehung, die Rüstungspolitik, die Integration von Geflüchteten in Bildung und Gesellschaft.

Zeitgleich zu unserer Schülertagung trat EU Kommissionspräsident Juncker vor das EU-Parlament und skizzierte den Rahmen einer neu ausgerichteten EU-Flüchtlings- und Migrationspolitik. Die Umverteilung von Flüchtlingen, die er anhand einer Quote regeln wollte, ist bis heute nicht geklärt und wird auch weiterhin kontrovers zwischen den Mitgliedstaaten verhandelt. Aktuell haben neun EU-Länder trotz des Schengen-Abkommens wieder Grenzkontrollen eingeführt. So hat z. B. Ungarn im September und Oktober 2015 im Eiltempo einen Grenzzaun zu Serbien und Kroatien gebaut. Seither gibt es dort kaum noch illegale Grenzübertritte. Österreich hat für 2016 eine Obergrenze von 37.500 Flüchtlingen festgelegt und führt verschärfte Grenzkontrollen durch. Auch Deutschland kontrolliert seit November 2015 stichprobenartig die Grenzen zu Österreich und Tschechien.

Durch diese Maßnahmen ist die so genannte Balkanroute für Flüchtende verschlossen, was zu einem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen in 2016 führte. Allerdings ächzen die EU-Außenstaaten wie Griechenland und Italien nach wie vor unter der Last der steten Zuwanderung, die nun wieder vermehrt über die weitaus gefährlichere Mittelmeer-Route stattfindet. Diese Länder werden, sollte der „Türkei-Deal“ platzen, nicht die Kapazitäten haben, die weiterhin nach Europa kommenden Menschen aufzunehmen. Auch in Deutschland mehren sich die Stimmen, die Zuwanderung von Asyl suchenden Menschen zu unterbinden. Es ist eine weiterhin offene Frage, welchen Weg Deutschland und die EU einschlagen werden. Deutlich aber ist schon jetzt, dass eine Lösung durch nationale Alleingänge und „fehlende Solidarität im Hause Europa“ (Matteo Renzi) erheblich erschwert ist.

Diese Herausforderungen sowie der wachsende europäische Populismus, der sich gegen jede Form der Zuwanderung wendet, werden die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Multiplikator*innen über Jahre hinweg beschäftigen. Wir sollten dies nicht im Blick auf, sondern gemeinsam mit den jungen

Menschen, um die es geht, tun. So wie sich die globale Konfliktlage, vor allem die Situation im Nahen Osten, momentan darstellt, werden wir über lange Zeit zusammen leben. Gesellschaftspolitische Jugendbildung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die dauerhafte Integration in Gesellschaft und Bildung voran zu treiben, indem wir junge Geflüchtete am politischen Diskurs über die wichtigen europäischen Gestaltungsfragen konsequent beteiligen.

Simone Schad-Smith arbeitet als Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Loccum.

Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.): Generation Europa – Politische Jugendbildung für das Europa von morgen. Jahrbuch 2016. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 42-45. www.politische-jugendbildung-et.de